

Bewertung des Koalitionsvertrags in Bayern

Solides Programm, Taten zählen



Kurzbewertung

Bayern steht vor wirtschaftlich schwierigen Zeiten, deswegen müssen in der kommenden Legislaturperiode die Weichen für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts – teils grundsätzlich – neu gestellt werden. Zentrale Themen der Unternehmen im Freistaat sind hierbei die Energiepolitik, der Arbeitskräftemangel und der Bürokratieabbau. An der tatsächlichen Umsetzung ihrer soliden Ankündigungen wird sich die künftige Staatsregierung messen lassen müssen.

Die Wirtschaft in Bayern braucht mehr **Energie** und das zu wettbewerbsfähigen Preisen. Daher ist es richtig, dass die Regierungsparteien die Stromerzeugung der Erneuerbaren Energien bis 2030 verdoppeln, Speicher ausbauen, die Wasserstoff-Technologie vorantreiben und wasserstofftaugliche Gaskraftwerke als gesicherte Leistung zubauen möchten. Den angekündigten Ausbau der dringend notwendigen Stromnetze unterstützen wir, weil das der eigentliche Flaschenhals der Energiewende ist, und fordern zugleich Tempo sowie einen klaren Fahrplan. Das geplante Eintreten für eine Stromgebotszone und eine Stromsteuer-Senkung auf EU-Mindestmaß begrüßen wir.

Bei der Bekämpfung des **Arbeitskräftemangels** steckt das größte Potenzial in den inländischen Arbeitskräften. Wir brauchen eine höhere Erwerbsbeteiligung in allen Branchen und Bevölkerungsgruppen. Daher begrüßen wir konkrete Maßnahmen zum Ausbau von Kinderbetreuung und Pflege. Positiv sehen wir die Aussagen von CSU und Freie Wähler, abgelehnte Asylbewerber nicht abzuschieben, wenn sie in Ausbildung oder Arbeit sind und nicht straffällig waren. Zudem positiv ist eine Stärkung legaler Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte. Die Koalition verspricht mehr Wohnraum und staatlichen Wohnungsbau, dazu braucht es vor allem Arbeitskräfte in der Baubranche, Tempo bei den Baugenehmigungen und weniger Normen und Rechtsvorschriften. Die bayerische Wirtschaft befürwortet deswegen, dass die Koalition das Baurecht entschlacken will.

Die Wirtschaft leidet zunehmend an einer **Bürokratie**-Flut. Das Moratorium für neue Verwaltungsvorschriften muss daher dringend kommen. Gebündelte standardisierte IT-Lösungen für die Verwaltung sind der richtige Weg. Viele Verwaltungsreformen zielen auf Bürger, weniger auf Unternehmen und Gründer, die viel öfter Kontakt mit Behörden haben. Wir begrüßen, dass die Staatsregierung verstärkt Künstliche Intelligenz in der Verwaltung nutzen will.

Positiv:

- Stromerzeugung aus **erneuerbaren Energien** bis 2030 verdoppeln: PV verdreifachen, 1.000 neue Windkraftanlagen, Biomasse um 15 % steigern, neue Wasserkraftanlagen, 25% des Wärmebedarfs im Gebäudebereich aus Geothermie bis 2050, dezentrale Energiespeicher (u.a. zusätzliche Pumpspeicherkraftwerke) umfangreich ausbauen
- **Bayern als Wasserstoffland** und -drehkreuz in Europa: insgesamt 700 Mio. € in den nächsten Jahren investieren, Produktionskapazitäten für grünen Wasserstoff ausbauen, Pipeline-Anschluss von Adria über Österreich, Förderung des Ausbaus von Wasserstoff-Tankstellen und Elektrolyseuren
- Einsatz beim Bund für: Beibehaltung der **gemeinsamen Stromgebotszone**, Absenkung der Stromsteuer auf europäisches Mindestmaß, Zubau wasserstofftauglicher Gaskraftwerke, beschleunigter Ausbau der Netze, wettbewerbsfähige Strompreise auch für den Mittelstand

Kritisch:

- Begrenzung **Flächeninanspruchnahme** bei gleichzeitig hohem Flächenbedarf für Ausbau Solar- und Windenergie

Was fehlt?

- Fahrplan, konkrete Vorgaben und jährliche Berichterstattung über **Erreichung der ambitionierten Ausbauziele** von erneuerbaren Energien, Netzen und Speichern
- Konzepte für **Nah- und Fernwärme**
- Konkrete Ansätze zur **Verfahrensbeschleunigung**, z.B. Genehmigungsfiktion / Sicherstellung der Fristübereinhaltung bei behördlichen Gutachten zum Ausbau Erneuerbarer Energien

Fazit: Neutral

Positiv:

- Ausbau von **Kinderbetreuungs- und Pflegeplätzen begünstigt** insbesondere die Erwerbsbeteiligung von Frauen
- **Meister gleich Master**; gleiche Wertschätzung für beide Abschlüsse und Erhalt des Meisterbonus
- Stärkung der beruflichen Orientierung an allgemeinbildenden Schulen sowie Fortsetzung der Berufseinstiegsbegleitung
- Abgelehnte Asylbewerber werden nicht abgeschoben, wenn sie in Ausbildung oder Arbeit sind und keine Straftaten vorliegen. Fortsetzung des Modellprojekts “Fast Lane” mit deutlich beschleunigten Anerkennungs- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren für Pflegekräfte. Wünschenswert wäre die Ausweitung der Verfahren auf weitere Berufe.
- Stärkung der legalen **Erwerbsmigration** durch Verfahrenserleichterungen. Einsatz beim Bund, Visaverfahren für Fachkräfte zu beschleunigen sowie schnellere und leichtere Anerkennung von Bildungsabschlüssen zu ermöglichen.
- Verzicht auf Abschiebung und Arbeitserlaubnis für Geduldete, wenn ein fester Arbeitsplatz oder Ausbildungsvertrag besteht. Menschen, die nicht abgeschoben werden können, sollen schnellstmöglich in Arbeit gebracht werden.

Kritisch:

- Bekenntnis zu Handwerk und Mittelstand bzgl. Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze grundsätzlich gut, aber einseitiger **Fokus auf dem Handwerk**, obwohl rund 60 % der Ausbildungsverhältnisse und zwei Drittel der Berufsmeister bei IHK-Unternehmen sind

Was fehlt?

- **Stärkung der Zuwanderung durch ein Standortmarketing für Bayern, gezielte** Anwerbekampagnen und Schaffung von regionalen Welcome-Centern als „Kümmerer“
- Klares Bekenntnis, die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen

Fazit: Neutral

Positiv:

- **Entbürokratisierung:** zweijähriges Moratorium für Verwaltungsvorschriften, Entfall von mindestens 10 % aller Verwaltungsvorschriften bis Mitte 2024, „eins rein, zwei raus“; neue Gesetze i.d.R. auf maximal 5 Jahre befristet
- **Projektmanager** für wichtige Infrastrukturprojekte als übergeordnete Kümmerer
- **E-Government:** durchgehend digitale Verwaltungsleistungen im staatlichen Bereich (Ende-zu-Ende Digitalisierung), Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes; breitflächiger Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Verwaltung, e-Akte in der ganzen Justiz, digitaler Bauantrag als Standard, Digital-Check: Gesetzesentwürfe sollten Digitalisierung mitdenken, volldigitale Förderplattform
- **Bayernweit einheitliche** Lösung für **kommunale Online-Dienste**

Kritisch:

- Leistungen für Bürger stehen im Vordergrund, Unternehmen und Gründer als Poweruser gehören in den Fokus

Was fehlt?

- **Einheitliche / standardisierte** Verwaltungslösungen deutschlandweit vorantreiben
- **Fokus auf Unternehmen:** zentraler Einstieg in Verwaltungsleistungen für Unternehmen, z.B. eine bundesweite Unternehmensplattform, alle unternehmensrelevanten Verfahren zügig an das Unternehmenskonto anbinden
- **Nutzerorientierung:** Unternehmen von Anfang an in Konzeption digitaler Verwaltungslösungen einbinden
- Registermodernisierung vorantreiben, um **Once-Only** für Unternehmen und Bürger zu ermöglichen
- **Klare Kriterien für Verwaltungsleistungen** einführen und deren Einhaltung permanent monitoren
- **Open Data:** Open Data-Angebot der Verwaltung weiterhin aufbauen, bekannt und leicht zugänglich machen

Fazit: Neutral

Positiv:

- Beschleunigung von **Genehmigungsverfahren** durch Digitalisierung intensivieren
- **Mehr Wohnraum schaffen:** staatlicher und sozialer Wohnungsbau, Landesbauprogramm 2030 mit mehr Eigenkapital, Bundesebene: verbesserter steuerlicher Rahmen für Bau und Erwerb von Immobilien, bessere Abschreibungsmöglichkeiten
- **Eigenheimförderung:** höhere Wohneigentumsquote anstreben, Zinsverbilligungsprogramme der Landesbodenkreditanstalt, Bundesebene: bessere Ausgestaltung der Grunderwerbssteuer
- **Einfacheres und schnelleres Bauen:** Vereinfachung von Umnutzung und Aufstockung, Förderung von Mitarbeiterwohnungsbau, experimentelles sowie modulares und serielles Bauen stärken, schlankere Sanierungsvorschriften, entschlackte Baunormen

Kritisch:

- Bei Planen und Bauen sind stabile sowie rechtssichere Verwaltungsvorschriften wichtiger als die Befristung neuer Verwaltungsvorschriften und „Ein Gesetz rein, zwei raus“
- Bayerische Flächensparoffensive: Festhalten an rein quantitativem Verbrauchsziel (Begrenzung auf **5 ha/Tag** bis 2030) statt Einführen eines Flächeneffizienzziels (z.B. pro Einwohner oder BIP)

Was fehlt?

- Kommunale **Bodenvorratspolitik** ermöglichen, Landesplanung anpassen
- **Flächenmanagement** zum Umgang mit der Flächenentwicklung im Spannungsfeld konkurrierender Nutzungen
- Reduktion des Flächenverbrauchs durch **Reaktivierung von Leerstand und Gewerbebrachen**
- Eindeutiges Ablehnen der Grundsteuer C

Fazit: Neutral

Positiv:

- **Digitale Kompetenzen:** Digitale Endgeräte für alle Schülerinnen und Schüler (bis 2028), Medienbildung und informatische Bildung stärken, vermehrter Einsatz digitaler Schulbücher, Lehrkräfte stärker im Einsatz digitaler Medien und neuer Technologien wie KI aus- und fortbilden
- **Digitalisierungsschub:** Digitalbonus sichert Wettbewerbsfähigkeit, **Digitalbudget** zur Stärkung des Standorts
- **Führender-Hightech-Standort Bayern:** schnelle Umsetzung der High-Tech Agenda; Ausbau des **Technologietransfers**, Gründerzentren sollten in Digitalisierungs- und Technologietransferzentren ausgebaut werden (inkl. Startups, IT-Dienstleister, Anwender). Zugang für Industrie und Forschung zur Quantencomputertechnologie durch Munich Quantum Valley

Kritisch:

- Ablehnung der geplanten Grundgesetzänderung zur Weiterentwicklung des BSI zur Zentralstelle im Bund-Länder-Verhältnis, da bundesweit gleiche Auslegung zu IT-Sicherheit nötig sind

Was fehlt?

- **Infrastruktur ausbauen:** Mobilfunkausbau fehlt, obwohl Bayern im Bundesländervergleich hinten liegt; Gigabit-Förderung an Nachfrage ausrichten
- **Cybersicherheit für Wirtschaft:** zentrale Anlaufstellen für KMU zur Unterstützung bei Prävention und Cyberangriffen (z.B. LSI), Impulse für mehr IT-Sicherheit für Nicht-KRITIS Unternehmen, z.B. automatisierte Tests von IT-Systemen von KMU. Ausbau Initiativen wie „Online – aber sicher“
- **Digitale Kompetenzen:** Programmieren und Medienkompetenz während der Berufsausbildung, Studium sowie berufsbegleitend, niedrigschwellige Diskurs- und Informationsangebote für Gesellschaft
- **Digitalisierungsschub in Unternehmen** voranbringen: Datennutzung durch Anreize stimulieren, Anlaufstellen für KMU wie [bc]², KI-Agentur stärken

Fazit: Neutral

Positiv:

- **Hightech Agenda** verstetigen und ausbauen, Ausbau des **Technologietransfers**, Gründerzentren sollten in Digitalisierungs- und Technologietransferzentren ausgebaut werden
- **Bekenntnis zu Unternehmertum**, Mittelstand und Industrie, sowie Selbstständigkeit; Bayern als deutschlandweites **Start-up-Land Nummer eins**, Deeptech-Standort, Technologieförderung für Tech-Start-ups weiter ausbauen, Rahmenbedingungen für Finanzierungen weiter optimieren. Auch die allgemeine Gründung sollte hier im Fokus stehen.
- **Transformationsprozesse und Schlüsseltechnologien gestalten**: Wasserstoff, Künstliche Intelligenz, SuperTech, Luft- und Raumfahrt, Robotik, Quantencomputing, Halbleiter, Biotech, Biochemie und Medizintechnik
- **LfA als Transformationsbank** für Unternehmen, Freiberufler, Existenzgründer und Kommunen, sollte ergänzt werden durch leichteren Zugang zu Wagnis- und Scale-up-Kapital sowie Förderdarlehen mit hoher Haftungsfreistellung für KMUs und Bürgschaften für Selbstständige und den Dienstleistungssektor.
- **Abbau bremsender Bürokratie** durch schlanke, verständliche Regelungen

Was fehlt?

- **Digitale Gründung** umsetzen: Konsequente Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie, Einbindung des digitalen Unternehmenskontos für die Kommunikation aller Beteiligten
- **Publicpreneurship fördern**: Start-Ups den Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen ermöglichen, Technologiescouts

Fazit: Neutral

Positiv:

- Nutzung der Stärken aller Verkehrsträger; Plädoyer für **Technologieoffenheit**, Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, Förderung E-Fuels, Einsatz Wasserstoff
- **Investitionen** in Staatsstraßen und Radwegenetz verstetigen. Ausbau Güterverkehrszentren und Umschlagplätze
- **München**: Ausbau S-Bahn (Stammstrecke, S-Bahn-Ring, Taktverdichtung), ICE-Halt am Flughafen München
- **Brenner**: **Schienerausbau** mit möglichst anwohnerfreundlichem Nordzulauf

Was fehlt?

- Aussagen zu zentralen **Zukunftsthemen** in Mobilität und Verkehr, die sowohl die verkehrliche Funktionalität des Wirtschaftsstandortes als auch die Zukunftsfähigkeit der hiesigen Automobilindustrie betreffen.
- Aussagen zu **Mobilitätsdaten** und Mobilitätsplattformen, Automatisiertes Fahren, Vernetzung (IOT)
- Vorhaben zu **innovativen Mobilitätsangeboten** wie Mobilitätshubs, Sharing, On-Demand-Verkehr
- Verbesserung der **Verkehrssicherheit** (Vision zero)

Fazit: Neutral

Positiv:

- Wichtige Rolle der **Kreislaufwirtschaft** wird hervorgehoben, genauso die Umsetzung der Bioökonomie-Strategie
- Fokus auf Bürokratieabbau, beschleunigtes Verwaltungshandeln und Digitalisierung, unterstützt **Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung**
- Berücksichtigung einer **zuverlässigen Wasserversorgung** und Maßnahmen zum Hochwasserschutz
- Weiterverfolgung der **Länderöffnungsklausel** bezüglich des Verfüllleitfadens und der Mantelverordnung
- Stärkung von Forschung, Entwicklung, Technologieförderung und Innovation dient auch der **Umweltechnologie**

Kritisch:

- Einführung eines Wasserzents führt zur Belastung wasserintensiver Unternehmen. Die Abgabenhöhe sollte sich an Umweltleistungen der Unternehmen orientieren und nicht primär an der Entnahmemenge

Was fehlt?

- Unterstützung bei der Umsetzung des **komplexen und immer strengeren EU-Umweltrechts** (Chemikalienrecht, Nullschadstoffambitionen, Öko-Design, etc.) zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit
- **Konkrete Maßnahmen** zur Förderung der Kreislaufwirtschaft, des Recyclings, der Nutzung von Sekundärrohstoffen und Ressourceneffizienz

Fazit: Neutral

Positiv:

- Ablehnung von Steuererhöhungen und von Vermögensteuer
- Bessere steuerliche Rahmenbedingungen für Bau und Erwerb von Immobilien (z.B. Grunderwerbsteuer, bessere Abschreibungsmöglichkeiten)
- Weitgehende Freiheit der Länder bei Erbschaft- und Schenkungsteuer (höhere Freibeträge, Senkung der Steuersätze, Regionalisierung). Familienbesitz soll in Familienhand bleiben, erst recht bei betrieblichem Vermögen. Verfolgen von juristischen Möglichkeiten gegen besondere Belastung Bayerns bei der Erbschaftsteuer
- Stromsteuer auf breiter Basis absenken, auf europäisches Mindestmaß für Privathaushalte und Unternehmen
- Leistungsfreundlichere Ausgestaltung der Einkommensteuer, endgültige Abschaffung der kalten Progression sowie vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Was fehlt?

- Verbesserungen im Besteuerungsverfahren (wie kluge Anreize zur Verbesserung des Vertrauensverhältnisses zwischen Unternehmen und Finanzverwaltung, Forcierung von digitalen Lösungen)
- Klare Leistungskriterien für die Verwaltung: Steuerliche Betriebsprüfungen sollten fünf Jahre nach dem Veranlagungszeitraum abgeschlossen sein
- Wettbewerbsneutrale Mehrwertsteuer mit wenigen Ausnahmen und maßvollem Regelsteuersatz

Fazit:
Leichte Verbesserung

Positiv:

- Klares Bekenntnis zur EU und **Zusammenarbeit** mit Nachbarstaaten und Vereinigtem Königreich
- **1:1 Übernahme von EU-Rechtsakten** und aktive europapolitische Interessenvertretung
- Stärkung des **EU-Binnenmarkts**
- Stärkung von **Bayern International**
- Bayerisches **Repräsentanz-Netzwerk** ausbauen
- Bedingungen für Export von **Dual-Use-Gütern** verbessern

Kritisch:

- Afrika: Differenzierung der Regionen. Stärkerer Fokus auf politisch und wirtschaftlich **stabile Länder**, nicht nur Kenia.

Was fehlt?

- **Außenhandelsstrategie:** Wie sollen bayerische Unternehmen unterstützt werden, ihre Handelsbeziehungen (Waren und Dienstleistungen) mit dem Ausland auf- bzw. auszubauen? (Markteinstieg, Sourcing)
- Instrumente der bayerischen **Außenwirtschaftsförderung ausbauen**
- Zugang zu **Absicherungs- und Finanzierungsinstrumente für KMU** zu schwierigen Märkten sicherstellen
- **Strategie für wichtige Märkte** wie Lateinamerika und ASEAN (China +x)

Fazit: Neutral